

149. Bergedorfer Gesprächskreis

Europa und Asien: Partner in einer neuen Weltordnung?

10. September 2011, Schloss Bellevue, Berlin.

ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION

Der 149. Bergedorfer Gesprächskreis fand statt im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises. Diese Zusammenfassung enthält die Punkte der Diskussion, die wir für den aktuellen außenpolitischen Diskurs als besonders relevant erachten.

I. Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung?

Die Teilnehmer waren sich einig, dass die gegenwärtige internationale Ordnung von Unsicherheit und Risiken geprägt sei. Die Zeiten stabiler Wachstumsraten und niedriger Inflation seien vorbei. Eine wirtschaftliche Win-Win-Situation für Ost und West sei in der heutigen Welt der zwei Geschwindigkeiten nicht mehr gegeben: Während der Westen mit niedrigem Wachstum und Rezessionsrisiken zu kämpfen habe, erfreue sich der Osten hoher Wachstumsraten. Teilnehmer aus Asien betonten, es sei gefährlich, wenn die Politik des »Sich-Durchwurstelns« (muddling through) weitergehe und schmerzhaft Anpassungsmaßnahmen auf die Zukunft verschoben würden. Die Konstellation unterschiedlich hoher Wachstumsraten in Ost und West sei auf Dauer weder politisch noch wirtschaftlich stabil. Asien könne sich nicht vom Westen abkoppeln, am Ende seien beide Seiten voneinander abhängig.

Europäische Teilnehmer forderten eine gemeinsame europäische Asienpolitik. In einer Welt, in der asiatische Länder zunehmend ihre Ideen, Ziele und Werte zur Geltung bringen, gebe es dazu keine Alternative. Nur wenn Europa mit einer Stimme spreche, könnten Partnerschaften und Interessengemeinschaften mit den aufstrebenden Mächten Asiens entwickelt werden. Europa sollte Asiens Aufstieg nicht als Bedrohung sehen, sondern als Herausforderung, sich auf seine Stärken in der internationalen Politik zu besinnen: Flexibilität, Offenheit und die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden. In einer Welt, in der Macht zunehmend diffus verteilt sei, sei es umso wichtiger, dass Europa ein Machtzentrum mit stabilisierender Wirkung bleibe. Die aktuelle Euro-Krise wurde als temporär bezeichnet. Europa sollte seine Ziele nicht aus den Augen verlieren und die Integration weiter vorantreiben. Bei der Bewältigung der gegenwärtigen Schuldenkrise könne Europa auch von den Erfahrungen der asiatischen Finanzkrise der 90er Jahre lernen.

Einige europäische Teilnehmer betonten die Unterschiede zwischen der Welt des Ost-West-Konflikts und der heutigen Welt. Obwohl es während des Ost-West-Konflikts kein Vertrauen gegeben habe, habe es doch Regeln und Instrumente für gegenseitiges Engagement gegeben. Heute fehlten die Ressourcen und politischen Instrumente, um neue Konflikte wirksam zu managen. Eine zunehmend multipolare Welt sei keinesfalls sicherer als die bipolare Welt des Kalten Krie-

ges. Ähnlich wie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 müsse sich eine neue globale Interessenallianz bilden, um gemeinsamen Herausforderungen im Bereich der Finanzmarktstabilität und des Klimawandels zu begegnen. Die G20 und G8 wurden in diesem Zusammenhang als wichtige informelle Koordinierungsmechanismen gesehen. Sie könnten aber keine Alternative zu den Vereinten Nationen sein. Diese müssten als einzige Institution mit weltweiter Legitimität weiter gestärkt werden.

Einige Teilnehmer konstatierten ein anhaltendes Vertrauensdefizit zwischen Ost und West. Ohne Vertrauen sei aber eine stabile Partnerschaft nicht möglich. Es gebe eine völlig unterschiedliche Sicht der aktuellen globalen Stabilitätsrisiken. Während die Europäer ihre eigenen Risiken überbewerten würden und sich Europa in einem viel besseren Zustand befinde als gemeinhin in Europa angenommen, würden die asiatischen Staaten ihre eigenen Risiken systematisch unterschätzen. Auch in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Werte gebe es sehr unterschiedliche Sichtweisen. Um strategisches Vertrauen zwischen Ost und West aufzubauen, solle man sich auf konkrete sicherheitspolitische Bedrohungen konzentrieren. Als Beispiel wurden Somalia und die Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean angeführt.

II. Der Aufstieg des Neuen Ostens

Den wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien wurde eine fundamentale Bedeutung für die internationale Ordnung zugeschrieben, mit Chancen und Risiken für die internationale Gemeinschaft. Allerdings sei der Aufstieg Asiens keineswegs selbstverständlich. Asien sei noch weit davon entfernt, Amerika und Europa auf die hinteren Plätze zu verweisen.

Zwar schreite die wirtschaftliche Integration Asiens weiter fort, die politische Spaltung der Region mit ihren unterschiedlichen politischen Systemen habe aber eher noch weiter zugenommen. Trotzdem bestand Einigkeit, dass Asien in der internationalen Politik mehr Verantwortung übernehmen solle. Die weltpolitische Rolle Asiens habe mit dem wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs nicht Schritt gehalten.

Deutlich artikuliert wurden die sicherheitspolitischen Risiken, die sich aus dem Aufstieg Asiens, vor allem Chinas, ergeben. Im Mittelpunkt dieser Risiken stehe die Gefahr eines Wettbewerbs um regionale oder globale Hegemonie. Einige Teilnehmer verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer, in denen die Ängste vor hegemonialen Bestrebungen Chinas manifest würden. Teilnehmer aus China erwiderten, dass China weder die Ambition noch die Fähigkeit habe, eine globale Führungsrolle anzustreben. Auch die von einigen Experten eingeführte Idee einer G2 mit China und den USA sei aus chinesischer Sicht nicht erstrebenswert. Die Herausforderungen der internen Entwicklung Chinas mit seinen 1,3 Mrd. Menschen sei schon eine schwere Aufgabe für die politische Führung in Peking. Vor diesem Hintergrund gebe es keine Ambition oder Möglichkeit für eine weltweite chinesische Führungsrolle. Obwohl China heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt sei, sei das pro-Kopf-Einkommen nach wie vor niedrig bei zunehmendem Stadt-Land-Gefälle. China werde sich daher weiterhin auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse seiner Bevölkerung konzentrieren.

Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass die Idee des »responsible stakeholder« in Ost und West unterschiedlich interpretiert würde: Aus Sicht der USA gehe es in erster Linie darum, den Wirkungskreis von »Schurkenstaaten« zu begrenzen. Aus europäischer Sicht gehe es darum, Regeln und Normen zu setzen, diese zu institutionalisieren und ihre Einhaltung sicherzustellen. Ganz anders aus asiatischer Sicht: Internationale Verantwortung würde zuallererst verstanden als die Pflicht, »sein eigenes Haus in Ordnung zu halten« und damit einen Beitrag zur Stabilität der internationalen Ordnung zu leisten.

III. Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien bei Fragen regionaler Sicherheit

Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit und Koordination bei der Bewältigung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen gesehen. Obwohl China nicht mit der Sowjetunion gleichzusetzen sei und aus Sicht der USA keine vergleichbare Bedrohung darstelle, müsse man sich doch den potentiellen Konfliktherden Asiens mit großer Aufmerksamkeit widmen. Dazu zählten zum Beispiel die Beziehungen zwischen China, Indien und Pakistan in der Kaschmir-Frage und die Beziehungen zwischen China, Japan und Korea in der Frage des nordkoreanischen Atomprogramms. Während die USA in der Kaschmir-Frage eine begrenzte Rolle spiele, besitze im Falle Nordkorea China am meisten Einfluss.

Weil es in Asien an einer regionalen Sicherheitsarchitektur mangle, könne Europa in Asien mit seiner historischen Erfahrung einen wichtigen Beitrag leisten und sollte eine größere Rolle spielen. Es sei daher umso bedauerlicher, dass die EU Asien nicht mehr Aufmerksamkeit schenke. In den wichtigen europäisch-asiatischen Regierungstreffen sei die EU durchweg nicht hochrangig genug und auf Augenhöhe vertreten. Strittig blieb die Frage, inwieweit die Mitgliedschaft Myanmars in ASEAN eine Vertiefung der Zusammenarbeit erschwere. Ein Teilnehmer machte den Vorschlag, den Fall Myanmar aus den Beziehungen zwischen der EU und ASEAN auszuklamern und ASEAN zu überlassen.

IV. Nordkorea, Iran und nukleare Proliferation

Es gab unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob Sanktionen Staaten wie Nordkorea oder Iran davon abhalten können, ihre nuklearen Programme weiter zu verfolgen. Einige Teilnehmer argumentierten, dass Sanktionen die Unterstützung der Bevölkerung für die politische Führung eher noch erhöhen würden (rally around the flag). Die Entwicklung (ziviler) nuklearer Kapazitäten sei ein Recht souveräner Staaten und sollte nicht sanktioniert werden. In der Praxis seien die Sanktionen auch schwer durchzusetzen und in ihrer Wirkung begrenzt. Trotz bestehender Sanktionen würde beispielsweise die Türkei ihre Beziehungen mit Iran weiter ausbauen, China und Russland würden einem Ölembargo gegen Iran nicht zustimmen. Eine Intensivierung des Dialogs sei daher vielversprechender als eine Politik der Sanktionen und Konfrontation.

Andere warnten vor einer Aufhebung der Sanktionen, weil dadurch die internationale Gemeinschaft ihr Scheitern gegenüber Nordkorea und Iran eingestehen würde. Besser sei eine Politik, die

Druckmittel mit Anreizen verbinde. Ein Teilnehmer empfahl den USA, das Abschreckungspotential gegenüber Iran auf politischer Ebene zu erhöhen: So könnten die USA gegenüber Iran erklären, dass sie jegliche nukleare Bedrohung von Nachbarländern durch Iran als direkte nukleare Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit betrachten würden.

Eine Mehrheit der Teilnehmer empfahl strategische Geduld beim Umgang mit Staaten wie Nordkorea oder Iran. Militärische Optionen wurden als nicht zielführend abgelehnt. Im Falle Nordkoreas sollten die USA China gegenüber versichern, dass ein wiedervereinigtes Korea nicht Teil der amerikanischen Einflussosphäre würde. Andernfalls würde China nicht bereit sein, mehr Druck auf Nordkorea auszuüben. Andere bezweifelten, ob China jemals zu mehr Druck auf Nordkorea bereit sei. Die geopolitischen Implikationen eines wiedervereinigten Koreas seien aus Pekinger Sicht einfach zu unsicher. Im Falle Irans wurde auf die Bestrebungen Teherans verwiesen, seinen politischen Handlungsspielraum durch die SCO zu vergrößern. Auch angesichts der entscheidenden Rolle Irans für Stabilität in der Golfregion müsse man auf Teheran zugehen. Übereinstimmend wurden multilaterale Formate wie EU3+3 und die Sechs-Parteien-Gespräche als die besten Mechanismen im Umgang mit Iran und Nordkorea bezeichnet.

Impressum

Koordination	Dr. Klaus Wehmeier, Dr. Thomas Paulsen
Redaktion	Jonathan Tan
Kontakt	www.bergedorfer-gespraechskreis.de

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

VORSITZ

Dr. Richard von Weizsäcker

Bundespräsident a.D.

MODERATION

Dr. Thomas Paulsen

Leiter Internationale Politik, Körper-Stiftung, Berlin

TEILNEHMERLISTE

Dr. Anies Baswedan

Präsident, Paramadina University, Jakarta

Prof. Dr. Zbigniew Brzezinski

Counsellor und Trustee, Center for Strategic and International Studies; ehem. Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Washington, D.C.

Ronnie C. Chan

Vorstandsvorsitzender, Hang Lung Properties Ltd, Hongkong

Prof. Brahma Chellaney

Professor für Strategische Studien, Centre for Policy Research, Neu Delhi

Stefan Duppel

Leiter, Büro Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Klaus-Dieter Frankenberger

Leiter, Ressort Außenpolitik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M.

Dr. Peter Frey

Chefredakteur, Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Mainz

Dr. Clemens von Goetze

Leiter, Abteilung Ausland, Bundespräsidialamt, Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Grosser

Emeritus, Institut D'Etudes Politiques (Sciences Po), Paris

Prof. Dr. Lothar Hageböling

Staatssekretär, Chef des Bundespräsidialamtes, Berlin

Botschafter Prof. Dr. Han Sung-Joo

Vorsitzender, International Policy Studies Institute of Korea; ehem. Außenminister der Republik Korea, Seoul

Dr. Christoph Heusgen

Außen- und sicherheitspolitischer Berater der Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt, Berlin

Dr. Werner Hoyer

MdB, Staatsminister, Auswärtiges Amt, Berlin

Ken Hu

Stellv. Vorstandsvorsitzender, Huawei Technologies, Shenzhen

Botschafter Hyun Hong-choo

Seniorpartner, Kim & Chang Anwaltskanzlei, Seoul

Botschafter Prof. Wolfgang Ischinger

Vorsitzender, Münchner Sicherheitskonferenz, München

Botschafter Prof. Dr. Igor Ivanov

Präsident, Russian International Affairs Council (RIAC); ehem. Außenminister der Russischen Föderation, Moskau

Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser

Direktor, Program on Transatlantic Relations, Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University, Cambridge

Stefan Kornelius

Leiter, Ressort Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung (SZ), München

Botschafter Shivshankar Menon

Nationaler Sicherheitsberater des Premierministers der Republik Indien, Neu Delhi

Botschafter Pierre Morel

Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Zentralasien, Rat der Europäischen Union, Brüssel

Katsuya Okada

Mitglied, Abgeordnetenhaus, Japanisches Parlament; ehem. Außenminister Japans, Tokio

Dr. Thomas Paulsen

Leiter Internationale Politik, Körper-Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Volker Perthes

Direktor, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Botschafter Janusz Reiter

Präsident, Center for International Relations, Warschau

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Otto Wolff-Direktor, Forschungsinstitut, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Botschafter Dr. Michael Schaefer

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China, Peking

S.E. Tharman Shanmugaratnam

Stellv. Premierminister, Finanzminister, Arbeitsminister, Republik Singapur, Singapur

Dr. Tilman Spengler

Journalist und Schriftsteller, Ambach

Dr. Frank-Walter Steinmeier

MdB, Vorsitzender, SPD-Fraktion, Deutscher Bundestag; ehem. Bundesaußenminister, Berlin

Prof. Simon Tay

Vorsitzender, Singapore Institute of International Affairs, Singapur

Prof. Dr. h.c. Horst M. Teltschik

Internationaler Berater für außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Fragen, Rottach-Egern

Dr. Shashi Tharoor

MP, Mitglied, Lok Sabha, Indisches Parlament; ehem. Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Indien, Neu Delhi

Yenny Wahid

Direktor, The Wahid Institute, Jakarta

Prof. Wang Gungwu

Vorsitzender des Vorstands, East Asian Institute, National University of Singapore (NUS), Singapur

S.E. Prof. Dr. Wang Jiarui

Minister, Internationale Abteilung, Zentralkomitee, Kommunistische Partei Chinas; Mitglied, 17. Zentralkomitee, Kommunistische Partei Chinas, Peking

Dr. Klaus Wehmeier

Stellv. Vorsitzender des Vorstands, Körper-Stiftung, Hamburg

Dr. Richard von Weizsäcker

Bundespräsident a.D., Berlin

Christian Wriedt

Vorsitzender des Vorstands, Körper-Stiftung, Hamburg

Christian Wulff

Bundespräsident, Berlin